



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL  
INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT  
Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -  
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -  
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

---

## Endgültige Fassung

### **Empfehlung des Interregionalen Parlamentarierrats (IPR)**

**betreffend**

**grenzüberschreitender Alltagsradverkehr**

**verabschiedet auf der 67. Plenarsitzung des IPR am 10.06.2022 in Metz**

*Auf Vorschlag der Kommission 3 „Verkehr und Kommunikation“ und der Kommission 4 „Umwelt und Landwirtschaft“ beschließt der IPR.*

Das Fahrrad als Transportmittel gewinnt seit einigen Jahren an Beliebtheit. Steigende Benzinpreise, Verkehrsstaus und eingeschränkte Parkmöglichkeiten in den Innenstädten tragen zu einem Umdenken bei. Der Trend wird auch durch die ökologische Dringlichkeit und die Notwendigkeit der Dekarbonisierung unserer Mobilität angetrieben, was andererseits auch einen positiven Effekt auf die Luftqualität und die Gesundheit der Menschen, insbesondere in den Städten hat. Das Fahrrad wird nicht nur am Wochenende für Sport und Freizeit genutzt, sondern auch im Alltag für den Weg zur Arbeit oder zur Schule. Das Aufkommen von e-bikes hat die Nutzung des Fahrrades als alltags-taugliches Verkehrsmittel auch für mittlere Entfernungen in ein neues Licht gerückt. Die Verkehrsstudien zeigen außerdem, dass ein großer Teil der zurückgelegten Wege weniger als 3 km lang ist. Das Fahrrad wird nicht nur am Wochenende für Sport und Freizeit genutzt, sondern auch im Alltag, um zur Arbeit oder zur Schule zu fahren.

Damit die Nutzung des Fahrrads als bevorzugtes Verkehrsmittel für kurze und mittlere Strecken oder in Kombination mit Bus/PKW oder Bahn erfolgreich ist, müssen jedoch die Infrastrukturen angepasst werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, ein sicheres und zusammenhängendes Radwegenetz zu schaffen, Radwege zu beschildern und mehr Fahrradabstellplätze an Schulen, Behörden, Arbeitsplätzen, sowie auch in Stadtzentren und in der Nähe von Bushaltestellen und Bahnhöfen einzurichten.

Es gibt bereits Entwicklungskonzepte in den Teilregionen der Großregion. Es fehlt jedoch an einem grenzüberschreitenden Gesamtkonzept, das die einzelnen Fahrradwegenetze miteinander verbindet.

Eine bessere Abstimmung zwischen den Nachbarländern könnte tatsächlich die Schaffung eines kohärenten grenzüberschreitenden Fahrradwegenetzes in die Wege leiten.

Der IPR **ruft** die Teilregionen **dazu auf**, die Attraktivität und die Sicherheit der Radwegenetze zu erhöhen, indem

- lückenhafte Radwegenetze geschlossen werden, die Beschilderung vereinheitlicht und auf eine kohärente Trennung zwischen Fahrrad- und Fußgängerbereich geachtet wird;
- Wegweiser und Piktogramme vereinheitlicht werden;
- digitale Kartenwerke ausgearbeitet und zur Verfügung gestellt werden.

Zur Verbesserung der Intermodalität **empfiehlt** der IPR

- die Einführung von „Park and Bike“-Systemen an den Bahnhöfen und an bestimmten größeren Bushaltestellen in der gesamten Großregion;
- die Einführung bzw. Verbesserung von Fahrradverleihsystemen;
- die Einführung bzw. Vereinfachung der Fahrradmitnahme im öffentlichen Nahverkehr.

Im Sinne einer besseren Abstimmung mit den Nachbarländern **schlägt** der IPR **vor**

- durchgängige grenzüberschreitende Fahrradweg-Verbindungen für den Alltagsverkehr zu schaffen;
- die Fördermöglichkeiten der EU zu eruieren, mit dem Ziel, die Radinfrastrukturen weiterzuentwickeln;
- die Co-Finanzierungen in den Grenzgebieten zu vereinfachen.

Der **Interregionale Parlamentarierrat** richtet diese Empfehlung an

- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Wallonie,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Regionalrat der Region Grand Est.